Stadt Landau in der Pfalz

Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes 2030

Beteiligung der Ortsbeiräte der acht Stadtdörfer
und
Anträge von Stadtratsfraktionen

Synopse vom April 2021
zum
Entwurf vom Oktober 2020

Von den nachfolgend aufgeführten Ortsbeiräten wurden Anregungen und Hinweise vorgetragen:

- Nr. 1 Ortsbeirat Mörzheim, Sitzung vom 25.11.2020 sowie 13.01.2021
- Nr. 2 Ortsbeirat Nußdorf, Sitzung vom 02.12.2020
- Nr. 3 Ortsbeirat Dammheim, Sitzung vom 12.01.2021
- Nr. 4 Ortsbeirat Mörlheim, Sitzung vom 14.01.2021

Von den nachfolgend aufgeführten Ortsbeiräten wurden keine Anregungen und Hinweise vorgetragen

- Ortsbeirat Godramstein, Sitzung vom 02.12.2020
- Ortsbeirat Queichheim, Sitzung vom 17.12.2020
- Ortsbeirat Arzheim, Sitzung vom 14.01.2021
- Ortsbeirat Wollmesheim, Sitzung vom 21.01.2021

D. NR.	ORTSBEIRAT/FRAKTION	STELLUNGNAHMEN ZUR NEUAUFSTELLUNG DES FNP 2030	STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG	+/-	VORSCHLAG ABWÄGUNG- ERGEBNIS
1	OBR Mörzheim vom 25.11.2020	<p>Herr Freiermuth monierte, dass er einige kritische Anmerkungen habe. Es seien für Mörzheim keinerlei Perspektivflächen über 2030 hinaus vorgesehen. Beim Stadtgebiet hat man dies ja auch vorgesehen wie jetzt z.B. für LD-Südwest.</p> <p>Mörzheim wurde einfach unter den Tisch gekehrt. Die Einplanung von Perspektivflächen für Mörzheim wurde schon zweimal zum Fachamt reingegeben.</p>	<p>An der Planung sollte festgehalten werden. Die Anregungen des OBR bezüglich der Kennzeichnung von Perspektivflächen über das Jahr 2030 hinaus wurden umfangreich im Rahmen eines Antrages der FWG-Stadtratsfraktion vom 14. Januar 2020: Übernahme der "Perspektivflächen über 2030 hinaus" für die Ortsteile in den Flächennutzungsplan 2030 behandelt. Der Antrag floss in die Synopse vom Oktober 2020 ein.</p> <p><i>Die FWG-Stadtratsfraktion beantragte auch für die Ortsteile die Aufnahme von sogenannten „Perspektivflächen über 2030 hinaus“, wie sie für ein Gebiet westlich der Hagenauer Straße dargestellt sind. Das städtebauliche Konzept des Flächennutzungsplans 2030 beruht hinsichtlich der wohnbaulichen Flächenausweisung auf der strategischen Analyse des Wohnraumbedarfs bis zum Jahr 2030. Darauf aufbauend wurden mit der Baulandstrategie Suchräume (Innen-, Arrondierungs-, Außenpotenziale) auf ihre fachliche Eignung geprüft. Die Ergebnisse dieser Wohnraumstrategie sind Grundlage und wesentliches Fundament für die Wohnbauflächenneuausweisungen sowie deren planerischen Abwägung mit anderen fachlichen und privaten Belangen. Auch die im Planentwurf gekennzeichnete „Perspektivfläche über 2030 hinaus“ unterlag einer planerischen Abwägung, Beteiligung der Behörden und fachlichen Prüfung.</i></p> <p><i>Durch die vorgesehene Erhöhung der Siedlungsdichtewerte in den geplanten Gebieten (mehr Wohneinheiten auf weniger Fläche) konnte die im Flächennutzungsplanentwurf dargestellte geplante Wohnbaufläche westlich der Hagenauer Straße entfallen. Dies entspricht einem nachhaltigen und ressourcensparenden Siedlungsflächenkonzept. Mit der gewählten Kennzeichnung als „Perspektivfläche“ entsteht nach außen keine (Rechts-) Wirkung als Baufläche, da die maßgebliche Darstellung die „Fläche für die Landwirtschaft“ ist. Dennoch wird mit der Überlagerung der Perspektivfläche der planerische Wille deutlich, bei einer künftigen Neubewertung der Situation auf dem Wohnungsmarkt hinsichtlich weiterer Flächenbedarfe, zunächst die</i></p>	-	An der Planung wird festgehalten.

D. NR.	ORTSBEIRAT/FRAKTION	STELLUNGNAHMEN ZUR NEUAUFSTELLUNG DES FNP 2030	STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG	+/-	VORSCHLAG ABWÄGUNG- ERGEBNIS
		<p>Ebenso sind bei der Synopse nicht die Weingüter beachtet. Er wird deshalb nicht zustimmen.</p>	<p><i>Perspektivfläche westlich der Hagenauer Straße in den Fokus zu nehmen. Dies entspricht auch den Absprachen mit dem Verband Region Rhein-Neckar als Träger der Regionalplanung. Entsprechend sollen die freiraumsichernden Zielfestlegungen in diesem Bereich im Rahmen der Teilfortschreibung des Kapitel Wohnen des Einheitlichen Regionalplans zurückgenommen werden. Zusammenfassend handelt es bei der Kennzeichnung um einen fachlich fundierten und städtebaulich sinnvollen Einzelfall.</i></p> <p><i>Eine über die bestehende Perspektivfläche hinausgehende Kennzeichnung weiterer Perspektivflächen in den Stadtdörfern entzieht sich hingegen teilweise (tiefgehender) fachlicher Eignungsprüfungen und der Abstimmung mit den übergeordneten Planungsbehörden. Ferner würde die Kennzeichnung nicht der aktuellen und als Grundlage für den FNP dienenden Wohnraumstrategie entsprechen. Aufgrund der fehlenden fundierten fachlichen Prüfung und Nichtberücksichtigung bzw. Nicht-Weiterverfolgung im Rahmen der Wohnraumstrategie fehlt es der Kennzeichnung somit an der städtebaulichen Erforderlichkeit. Die Perspektivflächen würden einer Abwägung gegenüber den anderen Belangen nicht standhalten. Die Verwaltung schließt deshalb solche Flächendarstellungen für die Ortsteile schon aus formalen Gründen aus. Sie könnten Gegenstand einer langfristigen Siedlungsflächenstrategie für die Stadt Landau sein, nicht aber Bestandteil einer vorbereitenden Bauleitplanung mit dem Zielhorizont von 10 bis 15 Jahren.</i></p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Flächennutzungsplanentwurf vom Januar 2020 gingen mehrere Stellungnahmen von Mörzheimer Weingütern bzw. landwirtschaftlichen Betrieben ein. In der Synopse vom Oktober werden die Stellungnahmen der Landwirte behandelt. Über die Abwägungsvorschläge der Verwaltung wurde im Stadtrat vom 26.01.2021 entschieden.</p>	/	Kenntnisnahme.

D. NR.	ORTSBEIRAT/FRAKTION	STELLUNGNAHMEN ZUR NEUAUFSTELLUNG DES FNP 2030	STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG	+/-	VORSCHLAG ABWÄGUNGS- ERGEBNIS
	OBR Mörzheim Vom 13.01.2020	<p>Herr Klundt und Herr Stentz monierten, dass die Verlagerung des Grüngürtels nach rechts geplant war und man sich im Außenbereich an den Feldwegen orientieren sollte. Dies ist jetzt hier wieder nicht vorgesehen. „Man plant dann einen Grüngürtel ein um diesen dann zu verlegen?“</p> <p>OBR Stentz sagte, dass bei der Vorstellung des Entwurfs Herr Joa damals sagte, dass die Änderung des Grüngürtels mit aufzunehmen kein Problem sei und jetzt ist er nicht mit drin. Das ist nicht nachvollziehbar. Der OBR hat sich da Gedanken gemacht. Warum muss man sich enger schneiden als erforderlich?</p> <p>OBR W.Klundt sagte: „Stadtdörfer sind eingekesselt worden.“ Sein Vorschlag wäre die Grünzone 100 m vom Dorf wegzulegen.</p> <p>Anmerkung der Stadtverwaltung: Im Übrigen wurde die Diskussion über die „Perspektivflächen über 2030 hinaus“ vom 25.11.2020 aufgegriffen. Es bestand kein Einverständnis mit der Planung. An der Forderung der Aufnahme der Perspektivflächen für Mörzheim wurde festgehalten.</p>	<p>An der Planung sollte festgehalten werden. Die Biotopverbundplanung ist Bestandteil des Landschaftsplans der Stadt Landau. Die Landschaftspläne werden als naturschutzfachlicher Planungsbeitrag für die Flächennutzungspläne erstellt und unter Abwägung mit den anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen als Darstellungen in die Flächennutzungspläne aufgenommen. Soweit im Flächennutzungsplan von den Darstellungen in der Landschaftsplanung abgewichen wird, ist dies zu begründen. Ein Erfordernis der Abweichung ist im vorliegenden Fall nicht gegeben. Der Biotopverbund ist an dieser Stelle als Suchraum für Maßnahmen zum landschaftspflegerisch adäquatem Übergang vom Siedlungsrand in die freie Landschaft zu verstehen. Nach wie vor handelt es sich um „Flächen für die Landwirtschaft“</p> <p>An der Planung sollte festgehalten werden. Begründung siehe vorherige Stellungnahme der Verwaltung.</p> <p>An der Planung sollte festgehalten werden. Über den Abwägungsvorschlag der Verwaltung wurde im Stadtrat vom 26.01.2021 entschieden. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zum Thema zur Ortsbeiratssitzung vom 25.11.2020 verwiesen.</p>	- - -	<p>An der Planung wird festgehalten.</p> <p>An der Planung wird festgehalten.</p> <p>An der Planung wird festgehalten.</p>

D. NR.	ORTSBEIRAT/FRAKTION	STELLUNGNAHMEN ZUR NEUAUFSTELLUNG DES FNP 2030	STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG	+/-	VORSCHLAG ABWÄGUNG- ERGEBNIS
2	OBR Nußdorf vom 02.12.2020	<p>Ihm ist aufgefallen, dass dem Antrag des Ortsbeirates die Fläche Weidwiesenweg und Boschweg als Arrondierungsfläche aufzunehmen und als Wohnbaufläche darzustellen, nicht entsprochen wurde.</p> <p>Diese Fläche im Bereich des Boschweges (Boschweg und Weidwiesenweg) ist in die Wohnbauplanung 2030 eingeflossen gewesen. Die Nicht-Berücksichtigung dieser Fläche als Wohnbaufläche stellt eine ungleiche Verteilung von Wohnbauflächen in den Ortsteilen dar. Der Ortsbeirat hatte sich dazu entschlossen, kein Baugebiet mit 60 Wohneinheiten (WE) umzusetzen, um eine bessere Integration der Neubürger zu erreichen. Stattdessen war sein Ziel 30 WE in der Arrondierungsfläche Boschweg und 30 WE im Neubaugebiet westlich des Friedhofes umzusetzen. Nun ist nur das Neubaugebiet westlich des Friedhofes im Flächennutzungsplan (FNP) entsprechend dargestellt, was eine Verschlechterung für Nußdorf darstellt! Der Vorsitzende möchte daher beantragen, dass die Fläche im Bereich des Boschweges im FNP ebenfalls als Wohnbaufläche kenntlich gemacht wird und so wieder eine Gleichbehandlung erzielen.</p> <p>Es folgte ein umfangreicher Informations- und Meinungsaustausch, in dem u. a. zur Sprache kam, dass die 500 WE für alle Ortsteile zurückliegend als ein Maßstab aber nicht als festgeschriebene Größe anzusehen war. Im Verlauf der letzten Jahre zeigte sich, dass die Prognose zum Wohnbedarf zu niedrig angesetzt wurde. Es sei von einem höheren Bedarf auszugehen, zumal das Baulandentwicklungsgebiet im Südwesten der Stadt (Gemarkung Arzheim, Landau, Wollmesheim) nun wesentlich kleiner realisiert wird. Dem Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ kam man durch den Verkauf einiger Grundstücke im ND5 näher. Doch ohne Verkaufsbereitschaft der Eigentümer ist es nicht gänzlich zu erreichen. Das hohe Leerstandniveau ist nicht mehr vorhanden.</p> <p>Durch die Berücksichtigung der Arrondierungsfläche Boschweg könnte man auch dem Grundsatz Arrondierungsfläche vor Neubaugebieten Rechnung tragen.</p> <p>Auch käme man mit der Entwicklung der Arrondierungsfläche im Bereich des Boschweges den</p>	<p>Über den Antrag des Ortsbeirates Nußdorf wurde bereits im Stadtrat vom 26.01.2021 beraten.</p> <p>Dem Antrag des Ortsbeirates Nußdorf, die Grünlandfläche im Bereich des Boschwegs in Wohnbauflächen umzuwidmen, kann nicht gefolgt werden, da diese potenzielle Wohnbaufläche nicht Teil der Baulandstrategie bis 2030 ist. Es liegt entsprechend auch keine artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung für die Fläche vor, so dass mögliche Konflikte mit dem Natur- und Freiraumschutz nicht abgewogen werden können. Eine Berücksichtigung in der Umweltprüfung fand nicht statt. Eine Umwidmung würde darüber hinaus eine ungleiche Verteilung der Wohnbauflächenpotenziale zwischen den Landauer Stadtteilen nach sich ziehen, die eine gerechte und mit der Regionalplanung abgestimmte Verteilung von 500 Wohneinheiten, verteilt über die 8 Stadtdörfer zum Inhalt hat. Um perspektivisch bei einer baulichen Entwicklung dieser Fläche keine grundsätzlichen Zielkonflikte mit dem Freiraumschutz zu manifestieren, kann einer „Verschiebung“ bzw. Arrondierung des in diesem Bereich befindlichen Biotopverbundes in westliche Richtung unter fachlichen Gesichtspunkten zugestimmt werden.</p>	-	An der Planung wird festgehalten.

D. NR.	ORTSBEIRAT/FRAKTION	STELLUNGNAHMEN ZUR NEUAUFSTELLUNG DES FNP 2030	STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG	+/-	VORSCHLAG ABWÄGUNGS- ERGEBNIS
		<p>Bedürfnissen der Winzerschaft nach, da hier keine Weinberge betroffen sind.</p> <p>Bezüglich eines Teils der Fläche des potentiellen Neubaugebietes westlich des Friedhofes wurde die Universität Stuttgart beauftragt, für das „Wohnen im Alter“ eine Planung zu erstellen. Dieses Projekt sollte weiterverfolgt werden. Ggf. auch im Gebiet der Arrondierungsfläche. Eine passende Fläche im Ort sei aufgrund des Gesamtkonzeptes vmtl. nicht zu finden. Für dieses Projekt wurde mit 13 bis 15 WE gerechnet.</p> <p>Gemäß dem Vorsitzenden sei die Ablehnung der Arrondierungsfläche wohl auf eine falsche Datenlage bzw. Interpretation zurückzuführen. In der Sitzungsvorlage wird von 60 WE im Neubaugebiet und 30 WE im Arrondierungsgebiet gesprochen. Das ist falsch! Es handelt sich insgesamt um 60 WE. Aufgrund dieser Gegebenheit sollte die Bewertung des Sachverhaltes und unserer Eingabe neu erfolgen und die Entscheidung, die Arrondierungsfläche nicht in den FNP als Wohnbauland aufzunehmen, korrigiert werden.</p>	<p>An der Planung sollte festgehalten werden. Der Flächennutzungsplan regelt die Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde. Eine Neuausweisung einer Wohnbaufläche auf „Vorrat“, das heißt ohne konkretes Standortkonzept bzw. Standortidee für das Vorhaben „Wohnen im Alter“ wird als nicht nachhaltig erachtet und rechtfertigt nicht den erheblichen Eingriff ohne artenschutzrechtliche und landschaftsplanerische Untersuchungen in das städtebauliche Gesamtkonzept des Flächennutzungsplans. Des Weiteren wäre zu prüfen, ob dieses Solitärvorhaben je nach detailliertem Standort nicht bereits nach § 34 BauGB (Bauen im Innenbereich) am Boschweg zulässig wäre.</p> <p>An der Planung sollte festgehalten werden. Die in der Stellungnahme des Ortsbeirats genannten Zahlen 60 WE bzw. 30 WE können nicht nachvollzogen werden. Es wird aus dem Hinweis nicht ersichtlich, welche Sitzungsvorlage adressiert wird. Naheliegend ist die Sitzungsvorlage zum erneuten Offenlagenbeschluss (SiVo 610/639/2020), die dem Ortsbeirat zur Sitzung vom 02.12.2021 vorgelegt wurde. Hierin werden die kolportierten Zahlen zu den Wohneinheiten nicht genannt. Es wird klargestellt, dass der Flächennutzungsplan lediglich Flächendarstellungen zum Inhalt hat, nicht jedoch konkrete Wohneinheitenanzahlen. Nach derzeitigem Stand der Vorüberlegungen wird für das Neubaugebiet Am Kirchenstück eine Wohneinheitenzahl von rd. 35 als realistisch eingeschätzt. Somit kann der Einschätzung aus der Stellungnahme des Ortsbeirates aus fachlicher Sicht gefolgt werden, dies bedingt jedoch – unter Bezugnahme auf die oben aufgeführte Stellungnahme zum Arrondierungsgebiet – keine Ausweisung des Gebietes am Boschweg zur Wohnbaufläche.</p>	<p>-</p> <p>-</p>	<p>An der Planung wird festgehalten.</p> <p>An der Planung wird festgehalten.</p>

D. NR.	ORTSBEIRAT/FRAKTION	STELLUNGNAHMEN ZUR NEUAUFSTELLUNG DES FNP 2030	STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG	+/-	VORSCHLAG ABWÄGUNG- ERGEBNIS
3	OBR Dammheim vom 12.01.2021	Herr Wambsgans hat die Befürchtung geäußert, dass Betriebe hinsichtlich der Biotopverbundflächen benachteiligt werden und ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet ist.	Kenntnisnahme. Die planungsrechtliche Zulässigkeit eines privilegierten Vorhabens im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 1 beurteilt sich alleine nach den Bestimmungen des Paragraphen. Es wird klargestellt, dass die nachrichtliche Übernahme des Biotopverbundes bei der Beurteilung der Zulässigkeit privilegierter Vorhaben im Außenbereich regelmäßig keinen entgegenstehenden öffentlichen Belang darstellt. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen, sowie der Betrieb der bestehenden Hofstellen ist aus planungsrechtlicher Sicht gesichert.	/	Kenntnisnahme.
4	Ortsbeirat Mörlheim vom 14.01.2021	<p>Herr Starck kritisierte, dass bei der Vorplanung zum Flächennutzungsplan weder Ortsvorsteher noch Vertreter der Bauern- und Winzerschaft hinzugezogen wurden. Jeder Stadtteil habe seine eigenen Strukturen und Schwerpunkte, die bei der Umweltplanung mit einfließen sollten. Deshalb gab es in fast allen Stadtteilen umfangreiche Diskussionen.</p> <p>Er führte aus, dass Mörlheim von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft umgeben sei. Dies habe zur Folge, dass hier nicht mehr gebaut werden dürfe. Eigentümer wurden hierüber nicht informiert, obwohl ihr Eigentum von Wertverlust und Einschränkung der Nutzbarkeit betroffen sei, so seine weiteren Ausführungen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Sowohl die Ortsbeiräte, als auch die Ortsvorsteher wurden frühzeitig in das Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans eingebunden. Noch vor der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit den Ortsvorstehern Erörterungsgespräche geführt. Die jeweiligen Weiterentwicklungen der Planentwürfe wurden in den Ortsbeiräten vorgestellt und diskutiert. Die Landwirte hatten im Rahmen der insgesamt drei Öffentlichkeitsbeteiligungen die Möglichkeit sich über die Planung zu informieren, mit einem Sachbearbeiter die Planung zu erörtern sowie Stellungnahmen zu den Planentwürfen abzugeben, über die in der Abwägung entschieden wurde. Als Interessenvertretung der Landwirte, wurde während des gesamten Verfahrens die Landwirtschaftskammer sowie der Bauern- und Winzerverband e.V. beteiligt.</p> <p>Kenntnisnahme. Die planungsrechtliche Zulässigkeit eines privilegierten Vorhabens im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 1 beurteilt sich alleine nach den Bestimmungen des Paragraphen. Es wird klargestellt, dass die nachrichtliche Übernahme des Biotopverbundes bei der Beurteilung der Zulässigkeit privilegierter Vorhaben im Außenbereich regelmäßig keinen entgegenstehenden öffentlichen Belang darstellt. Die Bewirtschaftung der Flächen, sowie der Betrieb der bestehenden Hofstellen ist aus planungsrechtlicher Sicht gesichert.</p>	/	Kenntnisnahme.

D. NR.	ORTSBEIRAT/FRAKTION	STELLUNGNAHMEN ZUR NEUAUFSTELLUNG DES FNP 2030	STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG	+/-	VORSCHLAG ABWÄGUNG- ERGEBNIS
		<p>Er beanstandete weiterhin die Größe des Biotopverbundes - 20 Hektar Ackerflächen sollen umgewandelt werden. Dies entspräche in etwa der flächenmäßigen Ausweitung von Mörlheim.</p> <p>Maßnahmen für Problemzonen wären im Flächennutzungsplan aufzunehmen. Er führte aus, dass es beispielsweise im südlichen Teil der Mörlheimer Gemarkung (Lehmhohl) eine Hanglage von 10 % gibt. Hier gab es 2017 Hochwasser bis zur K1. Ein Baumstreifen wäre hier Natur- und Hochwasserschutz zugleich.</p> <p>Des Weiteren regte er an, einen Baumstreifen östlich der Autobahn auf der Länge von einem Kilometer anzulegen als Natur- und Lärmschutzmaßnahme.</p> <p>Herr Poh bemerkte, dass der neu angelegte Spielplatz neben dem katholischen Pfarrhaus (Mörlheimer Hauptstraße 76) auf dem entsprechenden Themenplan nicht eingezeichnet ist.</p> <p>Anmerkung des Ortsvorstehers, der bei der Sitzung nicht anwesend war: „Es ist unbedingt darauf zu achten, dass die landwirtschaftlichen Flächen östlich der Autobahn A 65 bestehen bleiben und nicht für bauliche Zwecke genutzt werden. Diese Anmerkung bitten wir bei künftigen Aktivitäten zu berücksichtigen.“</p>	<p>Kenntnisnahme. Bei dem Biotopverbund handelt es sich lediglich um Suchräume für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft. Landschaftsplanerische Ziel ist die Entwicklung von Trittsteinbiotopen oder Aufwertung von Flächen, sofern sich die Möglichkeit bietet. Es entspricht nicht dem landschaftsplanerischen Ziel den gesamten Suchraum zu Biotopflächen umzuwandeln. Eine Aufwertung des Landschaftsraumes ist nur bei Bereitschaft der Grundstückseigentümer oder in jeweiliger Kooperation mit der Stadt Landau durchführbar.</p> <p>An der Planung sollte festgehalten werden. Der Hinweis ist nicht Bestandteil der vorbereitenden Bauleitplanung.</p> <p>An der Planung sollte festgehalten werden. Der Hinweis ist nicht Bestandteil der vorbereitenden Bauleitplanung.</p> <p>Kenntnisnahme. Grundlage der Themenkarte 8 ist die räumliche Analyse der Kinderspielplätze aus dem fertiggestellten Klimaanpassungskonzept. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung, existierte der erwähnte Spielplatz nicht. Der Hinweis wird bei der nächsten Aktualisierung räumlichen Erreichbarkeitsanalyse einfließen. Der Spielplatz ist bis zu diesem Zeitpunkt planungsrechtlich gesichert, da er in die Planzeichnung verortet ist.</p> <p>Kenntnisnahme. Der Flächennutzungsplan 2030 stellt für den Bereich östlich der Autobahn bis zum Siedlungsrand des Stadtdorfes Mörlheim weiterhin Flächen für die Landwirtschaft dar.</p>	<p>/</p> <p>-</p> <p>-</p> <p>/</p> <p>/</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>An der Planung wird festgehalten.</p> <p>An der Planung wird festgehalten.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>